

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreispaltene
Corpuszeile.

Er scheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 5.

Dienstag, den 16. Januar

1894.

Bekanntmachung.

Die in den §§ 2 und 3 des Straßenregulativs für hiesige Stadt enthaltenen Bestimmungen, daß zur Winterzeit jeder Hausbesitzer
1., seiner Hausfront entlang den Schnee zu beseitigen und bei eintretender Glätte Sand und Asche zu streuen, sowie
2., bei eintretendem Thauwetter binnen 24 Stunden, vom Beginn desselben an, den vor seinem Hause befindlichen Vorplatz, sowie das an dasselbe angrenzende Gassen-
gerinne von Schnee und Eis zu reinigen und letzteres von der Gasse hinwegzuschaffen hat,
werden an durch mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß Uebertretungen oder Vernachlässigungen der gedachten Vorschriften nach § 5 des obgedachten Regulativs in Verbindung mit
§ 366 Punkt 10 des Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.
Wilsdruff, am 15. Januar 1894.

Der Bürgermeister.
Sicker.

Versteigerung.

Die zur Adolf Spiller'schen Konkursmasse gehörigen Colonialwaaren, Gemüse, Gewürze aller Art, Delikatessen, Tabak, Cigarren,
Eigencure etc., ferner einen größeren Posten Wein in Flaschen, sowie eine complete Ladeneinrichtung, fast neu, sollen auf Meistgebot im Geschäftslocale
Dresdnerstraße No. 94
Freitag, den 19. Januar und am folgenden Tage von Vormittags $\frac{1}{2}$ 9 Uhr
öffentlich versteigert werden.
Wilsdruff, am 16. Januar 1894.

Paul Schmidt, Konkursverwalter.

Tagesgeschichte.

Die parlamentarische Arbeit hat nun im Reiche wie in ver-
schiedenen Einzelstaaten wieder begonnen, mit dem am heutigen
Dienstag erfolgenden Zusammentritt des preussischen Landtages
wird dann der parlamentarische Chorus ein vollständiger sein.
Mehr wie je werden jedoch die Verhandlungen der deutschen
Volksvertretung diesmal den Arbeiten in den deutschen Einzel-
parlamenten an Interesse und Wichtigkeit voranziehen, sind es
doch hochbedeutsame Fragen, die in der jetzt eröffneten eigen-
lichen winterlichen Thätigkeit des Reichstages ihrer Entscheidung
harren. Vor Allem gilt dies von den schwebenden Steuer- und
Finanzproblemen, von deren Lösung die Gestaltung der ganzen
weiteren inneren Reichspolitik wesentlich abhängt. Höchst wahr-
scheinlich wird dann der Reichstag berufen, auch der Angelegen-
heit des deutsch-russischen Handelsvertrages näher zu treten und
von der Stellungnahme des Reichstages zu genanntem Vertrag,
der ja im Großen und Ganzen endlich fertig gestellt sein soll,
dürfte vielleicht das Schicksal der Volksvertretung selbst abhängen.
Auch nach anderen Richtungen hin, so z. B. beim Militär-,
Marine- und Colonialrat u. s. w., wird das Reichsparlament
mancherlei nicht unwichtige Entscheidungen zu treffen haben,
und diese gesammte Situation rechtfertigt die Spannung, mit
der man allseitig dem weiteren Verlaufe der gegenwärtigen Reichs-
tagessession entgegenblickt.

Der Reichstag hat nach eingehenden Beratungen auf
grund eines Antrages der konservativen Fraktion beschlossen, die
verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst einen Ge-
setzentwurf vorzulegen, durch welchen das Gesetz betreffend die
Invaliditäts- und Altersversicherung, dahin abgeändert wird, daß
eine Vereinfachung desselben, insbesondere durch Beseitigung der
Mißstände, welche eine notwendige Folge des Markensystems
sind, herbeigeführt werden. Es ist von konservativer Seite nie-
mals geäußert worden, daß die Invaliditäts- und Altersver-
sicherung verbesserungsbedürftig sei. Wie Herr Freiherr von
Montaußel in der Mittwochssitzung des Reichstages hervorhob,
hat er selbst schon bei der Beratung des Gesetzes im Mai
1889 die Notwendigkeit, die bessernde Hand an das Gesetz zu
legen, wenn dasselbe erst eine Reihe von Jahren in Kraft sein
werde, entschieden betont. Daß dieser neue Zweig der Arbeiter-
versicherung Anlaß zu Klagen geben werde, ja geben müsse, war
also von vornherein auch denen klar, die aus vollster Ueberzeugung
dafür gestimmt hatten. Mit den Wortführern der Sozialdemo-
kratie rechnete der genannte konservative Abgeordnete scharf ab.
Herr Singer hat wieder einmal die Arbeiterversicherung als ein
Verdienst seiner Partei in Anspruch genommen, in demselben
Athem aber erklärt, diese Gesetze seien nur „angeblich“ für die
Arbeiter gemacht. Mit Recht fragte Herr v. Montaußel, für
wen denn alldann die Versicherungsgesetze seien, wenn nicht
für die Arbeiter. Für die Arbeitgeber, denen ganz erhebliche
Opfer dadurch auferlegt worden sind, doch sicherlich nicht.
„Die Sozialdemokraten“, so führte der konservative Führer
treffend aus, „sind immer stolz auf die guten Früchte, an
denen man ihre Arbeit erkennen könne. Dabei stimmen sie
stets gegen alle Gesetze, die zum Besten der Arbeiter gemacht
sind und nachher prähen sie im Lande damit, daß die Ar-
beiterschaft, wenn etwas Gutes geschehen sei, dies lediglich der
Thätigkeit der Sozialdemokraten zu verdanken habe.“ Diese
niedererschmetternde Charakteristik wird wohl endlich auch einmal
von dem bisheriger sozialdemokratischen Anhang begriffen werden.

In parlamentarischen Kreisen werden dem Tabaksteuer-
gesetz nur noch sehr trübe Aussichten eröffnet. Günstigenfalls
rechnet man nur noch mit der Aufrechterhaltung einiger wenig
bedeutender Trümmer. Ein anfänglicher Theil des Reichstages
will nicht einmal eine Kommissionsberatung zulassen, indessen
überwiegt doch die auch im Seniorencollegium durchgedrungene
Neigung, eine Kommissionsberatung zwar zu beschließen, aber

keine eigene Kommission einzusetzen, sondern die Vorlage der
bereits bestehenden und heute ihre Arbeiten beginnenden Stempel-
steuerkommission zu überweisen. Es ist die Rede davon, als-
dann die Beratung der Tabaksteuer voranzustellen, um mög-
lichst bald eine Entscheidung herbeizuführen. Da es mit der
Weinsteuer auch nicht viel besser aussieht und ebensowenig mit
einem beträchtlichen Bestandtheil der Stempelsteuer, so wird
man sich schon darauf gefaßt machen müssen, daß durch die
Mehrereinnahmen nicht einmal die neuen Heereskosten gedeckt
werden. Die Regierungen der Einzelstaaten werden gut thun,
bald Vorkehrungen für die Deckung ihrer durch die steigenden Matri-
kularbeiträge entstehenden Fehlbeträge zu treffen.

Die Sozialdemokraten lieben es, bei jeder Gelegenheit ihre
Zuhörer oder Leser glauben zu machen, daß die Gesetze, die
den Arbeitern Vortheile bringen, lediglich aus Furcht vor der
Sozialdemokratie angeregt und zu Stande gebracht seien. Wir
haben schon früher darauf hingewiesen, daß die gesetzlichen Be-
stimmungen, welche, wie die über Gewerbefreiheit und Frei-
zügigkeit, den Arbeitern die meisten Vortheile gebracht haben,
entstanden sind, ehe man überhaupt an eine Sozialdemokratie
im heutigen Sinne dachte. In der Reichstagsitzung vom
Mittwoch hat nun aber der Reichstagsabgeordnete Herr v.
Stumm sich das Verdienst erworben, darauf hinzuweisen, daß
auch die Arbeiterversicherungsgesetze viel früher angeregt worden
sind, als die Führer der Sozialdemokratie sich einbilden konnten,
daß aus Furcht vor ihnen Gesetze gemacht würden. Herr v.
Stumm wies nach, daß die Unfallversicherung vom Centrum,
die Invaliditäts- und Altersversicherung von ihm selbst zuerst
in Antrag gebracht seien und daß dies zu einer Zeit geschehen
sei, als sich um die Fahne des Herrn Babel eine Handvoll
Anhänger geschaart hatte, die so klein war, daß sie auch bei
übertriebentem Selbstgefühl nicht hätte annehmen können, Staat
und Gesellschaft wären von Furcht vor ihr ergriffen. Es ist
ja bekannt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen alle
Arbeiterversicherungsgesetze gestimmt haben. Der eigentliche
Grund dieses Verhaltens liegt darin, daß sie nur unzufriedene
Arbeiter brauchen können. Dessenhalb allerdings geben sie als
Ursache für ihre Abstimmung an, sie erachteten die von den Ar-
beitern mit den Versicherungsgesetzen gemachten Zugeständnisse
als nicht genügend. Und wenn einmal ein Arbeiter darauf
aufmerksam macht, daß man doch Vortheile für die Arbeiter
überhaupt nicht ausschlagen sollte, so brüsten die Herren sich
damit, daß sie trotzdem das eigentliche Verdienst an dem Zu-
standekommen der Arbeiterversicherungsgesetzgebung haben, weil
die letztere nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie in die
Wege geleitet sei. In der Reichstagsitzung vom Mittwoch
hätten die Herren diese ihre Behauptung zu beweisen Gelegenheit
gehabt. Sie haben auch versucht, von der Gelegenheit Gebrauch
zu machen. Es ist ihnen aber völlig mißlungen. Durch die
Verhandlungen dieser Sitzung ist außer Zweifel gestellt, daß
die Arbeiterversicherungsgesetzgebung nicht aus Furcht vor der
Sozialdemokratie angeregt worden sein. Wenn die sozialdemo-
kratischen Führer trotzdem auch in Zukunft mit ihrer alten
Behauptung auf Stimmenfang ausgehen sollten, so wird man
nunmehr hoffentlich überall wissen, was man davon zu halten hat.

Gegen Krankheit sind jetzt $7\frac{1}{2}$ Millionen, gegen Inva-
lidität 11 Millionen und gegen Unfall 18 Millionen Deutsche
versichert; die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, wonach
auch alle selbständigen Handwerker gegen Unfall versichert werden
sollen, dürfte sich die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen
auf zwanzig Millionen steigern.

Der geschäftsführende Ausschuß des Centralkomitees zur Er-
richtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten Bis-
marck trat Freitag Vormittag im Reichstagsgebäude unter Vor-
sitz des Vizepräsidenten v. Levetzow zu einer Sitzung zusammen.
Es wurde der Kassenbericht vorgelegt, welcher ergibt, daß am
31. Dezember 1893 1256700 Mk. in dreiproz. Deutscher

Reichsanleihe und 8503 Mk. baar zur Verfügung standen. Der
Ausschuß trat sodann der Platzfrage näher, ohne jedoch eine
Entscheidung zu treffen, es wurde vielmehr aus der Mitte des
Ausschusses ein Subkomitee ernannt, mit dem Auftrage, die
Frage eingehend zu studiren und einer für den Monat April in
Ausicht genommenen Sitzung des Centralkomitees bestimmte
Vorschläge zu machen.

Wien. Der deutsche Botschafter Prinz Reuß hat sein
Abschiedsgesuch eingereicht; wenn dasselbe auch noch nicht ge-
nehmigt ist, so wird die Genehmigung doch nicht bezweifelt.
Die Morgenblätter widmen bereits dem von hier scheidenden
Botschafter äußerst sympathische Abschiedsworte. Das Bedauern,
mit dem man den Prinzen Wien verlassen sieht, sei ein all-
gemeines.

Palermo, 13. Januar. Durch einen heute veröffent-
lichten Erlaß wird die Einfuhr aller Feuerwaffen nach Sizilien
untersagt. Die Einwohner werden aufgefordert, alle Waffen bei
den Polizeibehörden zu hinterlegen. Die bisher ausgegebenen
Waffenpässe werden für ungültig erklärt, doch können dieselben
eventuell unter Berücksichtigung der betreffenden Persönlichkeiten
und Verhältnisse erneuert werden. Uebertretungen des Waffen-
verbotes werden mit Gefängniß von 6 Monaten bis 2 Jahren
bestraft. Denjenigen Personen, welche Waffen bei der Polizei-
behörde hinterlegen, werden dieselben seinerzeit kostenlos zurück-
gestellt werden.

Die Pariser Geschworenen, welche am Mittwoch zur
Aburtheilung des anarchistischen Bombenwerfers Baillant ver-
sammelt waren, haben unleugbar eine mannhafte That voll-
bracht, als sie den Angeklagten in allen Punkten für schuldig
erklärten. Denn es hat auf Seiten der Befugnungsgeoffenen
Waffenpässe nicht an furchtbaren Drohungen an die Adresse der
Geschworenen gefehlt, falls sie es wagen sollten, das „Schuldig“
auszusprechen. Aber die Mitglieder der Jury ließen sich nicht
verblüffen; vollzählig waren sie am entscheidenden Tage zur
Stelle, mit einziger Ausnahme des — Herrn von Rothschild,
und nach kaum halbständiger Beratung bejahten sie sämtliche
Schuldsfragen, insoweit Baillant vom Gerichtshof zum Tode
verurtheilt wurde. Die Pariser Geschworenen haben also Muth
bewiesen, als sie ihre Pflicht erfüllten, indem sie das verur-
theilende Verdict über den jüngsten anarchistischen Bombenheld
fällten, und diese Haltung verdient alle Anerkennung. Baillant
aber ist nur sein Recht geschehen, wenn ihn das Todesurtheil
traf; denn er hätte erwieferenermaßen mit seiner in der De-
putirtenkammer geschleuderten Bombe eine ganze Anzahl Menschen
getödtet, wäre sie am Boden explodirt und nicht schon in der
Luft. Die voll hohler Phrasen sich gebende Verteidigungs-
rede Baillants vermochte keinen günstigeren Eindruck für ihn
hervorzurufen und der Generalprocurator hatte sicherlich nicht
Unrecht, wenn er meinte, Baillant habe sein Attentat lediglich
in der Sucht begangen, von sich reden zu machen. In seiner
äußerlichen Haltung zeigte sich der Attentäter gefaßt, u. A.
dankte er den Geschworenen für ihren Wahrspruch, mit der
Bemerkung, daß er den Tod einer lebenslänglichen Zuchthaus-
strafe vorziehe. Für die Prozeßdauer waren ganz außeror-
dentliche Vorkehrungen getroffen worden, trotzdem fand sich im
Zuhörerraum eine Bombe vor; glücklicherweise soll sie mit
Sand gefüllt gewesen sein, also eine freundliche anarchistische
Warnung!

Vaterländisches.

Wilsdruff. Die Kaiserliche Ober-Postdirektion giebt
uns bekannt, daß die Personenpost von Nossen nach
Wilsdruff vom 16. Januar ab um 6 Uhr 45 Minuten
früh aus Nossen abgefertigt wird.

— Im hiesigen „Gemeinnützigen Verein“, welcher sein
Vereinslocal im „Hotel zum goldenen Löwen“ hat, findet am
kommenden Donnerstag Vortrag statt. Als Vortragender wird